

Er scheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle andern 30 Pf. pro
3gepaltene Petitzeile

Sattler- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 11 :. 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 :. Telephon: Ami IV, 2120

Berlin, den 18. März 1910

Inhalt: Beitragzahlung. — Streifnotizen. — Der Haushalt der kleinen Leute. — Behebung und Wert- schätzung der Industrie und Landwirtschaft in Preußen — Gau Stuttgart (Fortsetzung). — Der Arbeitsmarkt im Januar 1910. — Eingelandt. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Soziales. — Rechtsprechung. — Kund- schau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bürger- schau. — Verammlungs-Kalender. — Sterbetafel. — An- zeigen. — Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buch- binder und verwandter Geschäftszweige (Abrechnung vom 4. Quartal 1909).

Für die Woche vom 20. bis 26. März ist
der 12. Verbandsbeitrag fällig.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen
Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen
Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsver-
waltung zu erkundigen.

Berlin. Die Treibriemensattler stehen in
einer allgemeinen Lohnbewegung. Etwaige Arbeits-
angebote sind daher zurückzuweisen und Zugang ist
streng fernzuhalten.

Bremen. Hier stehen unsere Kollegen in
einer allgemeinen Tariffbewegung. Zugang ist fern-
zuhalten.

Cassel. Die Täschner und Kofferattler haben
die Kündigung eingereicht.

Dresden. Bei der Firma Hänel, Taschen-
und Kofferfabrik, haben sämtliche Kollegen die
Arbeit eingestellt.

Hagen i. Westf. Bei der Firma Hochstein,
Sportartikel-fabrik, sind Differenzen ausgebrochen.
Zugang ist fernzuhalten.

München. In der Wagenfabrik von Veis-
barth sehen die Kollegen im Streit.

Wegen allgemeiner Tariffbewegung in der
Wagenbranche ist München streng zu meiden.

Stuttgart. Bei der Firma Kordlinger
und Pollock bestehen Tariffdifferenzen. Arbeits-
angebote sind nur nach Anfrage bei der dortigen
Ortsverwaltung zu berücksichtigen.

Ausland.

Basel. Der hiesige Platz ist für Sattler
aller Branchen gesperrt und daher streng zu meiden.

Büschel. Die Firma Karl Wehling & Cie.,
Reisartikelfabrik und Kofferfabrik in Büschel III,
Rauesseifenstr. 196, ist für Sattler und Hilfs-
arbeiter gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Der Haushalt der kleinen Leute.

Wir haben in der letzten Tabelle in Nr. 8 un-
seres Blattes gezeigt, daß bei steigender Kopfzahl
der Familie gleichzeitig der Anteil vom Einkom-
men steigt, der für die Ernährung der Familie auf-
gebracht werden soll. Das ist doch aber selbstver-
ständlich, wird mancher sagen. Gewiß ist es selbst-
verständlich, aber man habe sich diese Tatsache als

gesellschaftliche Erscheinung, als einen typischen Vor-
gang der auf dem privaten Weg aufgebauten heu-
tigen gesellschaftlichen Ordnung vor Augen. Und
der tiefer Schauende wird mehr sehen als die nack-
ten Zahlen, er wird ein Bild sehen, dessen düstere
Skonturen die Folgeerscheinungen von Unterernäh-
rung, von unterdrückter Lebensfreude, kurz von un-
serer Zeiten ganzem Jammer schmerzhaft umschreiben.
Die Erhebung des Statistischen Amtes läßt auch er-
kennen, daß mit wachsendem Einkommen
der Verbrauch tierischer Produkte (Fleisch, Eier,
Wurst usw.) steigt, während bei den niedrigen Ein-
kommen der Verbrauch pflanzlicher Nahrungs-
mittel (Kartoffeln, Gemüse, Brot) einen höheren
Prozentfuß des Einkommens beansprucht, und zwar
in dieser Prozenzfäh um je höher, je niedriger das
Einkommen ist. Die Familien mit mehr als
5000 M. Einkommen geben nur 8 Proz. ihrer Ge-
samtausgabe für pflanzliche Nahrungsmittel aus,
während in der untersten Einkommensstufe der Auf-
wand für pflanzliche Nahrungsmittel 19,1 Proz.,
also weit mehr als doppelt soviel wie bei den Vetter-
geheulsten, beträgt. Mit anderen Worten, die Er-
nährung der mit geringerem Einkommen „geleg-
neten“ Familien steht in ihrer Menge sowohl wie
in der Güte erheblich hinter der der höheren Ein-
kommensklassen zurück.

Die folgende Tabelle zeigt uns mit brutaler
Deutlichkeit, wie ungeheuer der Unterschied ist
zwischen der Prokopfausgabe für die einzelnen
Klassen der höheren und der niederen Einkommen-
klassen. Bei allen angeführten Ausgabeposten er-
scheint man, wie sehr die unteren Einkommensstufen
unter dem Durchschnitt zurückbleiben.

Bei einem Gesamt- einkommen von	Ausgabe pro Kopf für					Zu- sam- men
	Nah- rung	Alte- dung	Woh- nung	Heizung und Be- leuchtung	Son- stiges	
M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
unter 1200	157,76	26,75	58,08	18,02	30,36	290,92
1200—1800	183,52	31,88	57,89	16,33	40,59	336,21
1800—2000	208,85	46,05	71,83	17,82	60,50	400,05
2000—2500	227,64	59,69	83,27	18,82	84,08	478,45
2500—3000	237,12	79,36	100,27	21,87	117,06	565,68
3000—4000	254,14	93,70	123,41	24,86	171,21	666,82
4000—5000	268,81	120,46	157,76	25,40	245,97	818,40
über 5000	296,74	145,89	145,82	29,84	360,28	978,07

Also im
Durchschnitt

Wir sehen also, daß selbst die Einkommensstufe
von 2000—2500 M. nur in der Position „Nahrung“
den Durchschnitt um ein geringes übersteigt, bei
sämtlichen anderen Positionen hingegen noch immer
unter dem Durchschnitt bleibt, und erst
die nächste Einkommensstufe (2500 bis 3000 M.)
vermag sich etwas über den Durchschnitt hinauszu-
zuheben. Von den an der Statistik beteiligten
Familien hatten aber nur 244 Familien mit 1231
Köpfen ein höheres Einkommen als je 2500 M., wo-
hingegen 608 Familien mit 2721 Köpfen weniger
als je 2500 M. Einkommen hatten. Diese 244
bessergestellten Familien beeinflussen bei dieser vom
Statistischen Amt gezogenen Durchschnittsbere-
chnung ganz gewaltig die so gewonnenen Durch-
schnittszahlen. Der Gesamtaufwand ist in der
höchsten Stufe mehr als dreimal so hoch pro Kopf
als in der niedrigsten. Jedenfalls wieder ein neuer
Beweis dafür, wie wenig mit Durchschnittsbere-
chnungen bewiesen wird und wie sehr man sich vor

Schlussfolgerungen aus derart gewonnenen Zahlen
hüten muß.

Von unseren an der Statistik beteiligten 11 Kol-
legen sind zwei kinderlos, während die übrigen
9 Familien insgesamt 21 Kinder, im Durchschnitt
also 2,3, zu verzeichnen haben. Darunter hat eine
Familie 4 und eine 3 Kinder, die übrigen 7 Fa-
milien scheinen mit Erfolg das Zweifindersystem
durchgeführt zu haben.

Das Statistische Amt hat die beteiligten Per-
sonen ihren Berufen entsprechend in Gruppen ein-
geteilt. Die Hauptgruppe Arbeiter ist wieder in
die Untergruppen: 1. Gewerbliche, 2. Handels- und
Verkehrsarbeiter und 3. Arbeiter ohne nähere Be-
zeichnung eingeteilt. Die gewerblichen Arbeiter
sind außerdem wiederum in „Gelernte“ und „Un-
gelernte“ gegliedert. Rollen wir nun feststellen,
welche Position unsere Kollegen unter den Arbeitern
einnehmen, so dürfte wohl nur ein Vergleich mit
der Untergruppe „Gelernte Arbeiter“ am Platze
sein. Sehen wir also zu, was uns da die Statistik
offenbart.

Die Gruppe „Gelernte Arbeiter“ ist mit 382
Haushaltsköpfen an der Statistik beteiligt. Das
Durchschnittseinkommen für gelernte Arbeiter be-
trägt 1885,68 M. und setzt sich wie folgt zusammen:

	M.	In % der Gesamt- einnahme
Arbeitsverdienst des Mannes	1569,46	83,2
Nebenverdienst des Mannes	44,65	2,4
Verdienst der Frau	65,57	3,5
Beitrag der Kinder	42,46	2,2
Abvermietung von Räumen	52,17	2,8
Sonstige Einnahmen	104,77	5,6
Naturaleinnahmen	6,00	0,3
Insgesamt	1885,68	100,0

Arbeitsverdienst und Nebenverdienst des
Mannes zusammen genommen ergeben also 85,6
Prozent des Gesamteinkommens, der übrige Teil,
14,4 Proz. des Gesamteinkommens, setzt sich aus den
übrigen Posten, Erwerb der Frau, Beitrag der Kin-
der usw. zusammen.

Die folgende Aufstellung zeigt uns, wie sich das
Einkommenverhältnis bei unseren Kollegen gestaltet
und aus welchen Einzelposten es sich zusammensetzt.

Ort	Arbeitsverdienst des Mannes	Nebenverdienst des Mannes	Einnahmen der Ehefrau	Uner- vermietet	Sonstige Einnahmen	Gesamt- Einkommen	Kopfzahl der Familie
Cassel	1228,—	—	—	120,—	700,—	2048,—	4
Frankfurt	1385,50	—	—	392,—	148,—	*1925,50	2
1	1482,63	202,90	12,—	174,—	140,—	*1991,59	2
2	1390,95	31,45	2,90	—	80,—	*1505,30	4
3	1664,—	42,70	—	—	—	1706,70	4
4	1642,96	—	—	150,—	—	1992,96	4
5	1692,50	—	—	—	—	1692,50	5
Mittel	1648,60	14,—	5,50	—	37,—	*1706,—	6
2	1482,63	202,90	12,—	174,—	140,—	*1991,59	2
Königsberg	1291,—	44,80	384,98	94,—	50,00	1866,78	4
München	1294,93	129,72	99,92	164,20	157,98	*1846,75	4
Im Durch- schnitt	1445,98	60,01	45,94	92,20	128,28	1779,96	4,3

* Darunter aus Darlehen und Ersparnissen. 1 100,— M.
2 140,— M. 3 16,— M. 4 22,50 M. 5 79,40 M. 6 114,— M.

Ein vielleicht nur scheinbar erfreuliches Resultat
können wir gleich hervorheben, es ist das Fehlen
jeglicher Kinderarbeit, auch sind Naturaleinnahmen
nicht vorhanden, so daß wir beide Rubriken in un-
serer Tabelle fortfallen lassen konnten. Alle übrigen

Zeitstellungen, die wir machen können, sind alles andere, nur nicht erfolgreich.

Zunächst sieht das durchschnittliche Gesamtvermögen unserer Kollegen um nicht weniger als 104,30 Mt. hinter dem Einkommen der übrigen gelernten Berufe zurück. Das Verhältnis gestaltet sich für unseren Beruf noch unangünstiger, wenn man berücksichtigt, daß unsere 11 Kollegen ausnahmslos in Großstädten domicilieren, deren höhere Löhne unsere Durchschnittsziffer noch in die Höhe treiben, während bei der Berechnung der übrigen gelernten Berufe noch eine bedeutende Anzahl Arbeiter aus Kleinstädten mit erfährt ist, deren niedrigere Löhne die Durchschnittsziffer zweifellos gesenkt haben. Daraus erklärt sich auch die Tatsache, daß der Vorkurs „Rebenerwerb des Mannes“ bei unseren Kollegen sich um zirka 25 Mt. höher stellt als der Durchschnitt anderer Berufe, weil sie mehr als andere Berufe davon angewiesen sind, ihren kirchlichen Arbeitsverdienst durch Nebenverdienst (also vom private, sogenannte Pfuscharbeit) etwas zu erhöhen. Das gleiche ist zu konstatieren bei dem Einnahmeposten „Unterernährung“. Die an und für sich meistens schon mäßigsteng und klein gewählte Wohnung muß, um die notwendigen Lebensbedürfnisse herbeizuführen zu können, mit Schlafzimmern geteilt werden, in einem Raume, das wiederum weit über den Durchschnitt der übrigen gelernten Berufe hinwegreicht. Während dort der aus Untervermietung erzielte Betrag durchschnittlich nur 52,17 Mt. beträgt, beläuft er sich bei unseren Kollegen auf nicht weniger als 92,20 Mt. Besondere Beachtung verdient auch der Einnahmeposten „Sonstige Einnahmen“. Dieser Posten ist bei unseren Kollegen um 21,51 Mt. höher als bei der übrigen Arbeiter der übrigen Berufe. Die „Sonstigen Einnahmen“ setzen sich zusammen aus angegriffenen Erparnissen, erbaltenden Darlehen usw. Aus der Fußnote zur Tabelle ist ersichtlich, in welchem Maße unsere Kollegen gezwungen waren, auf derartige „Einnahmemeinzelnen“ zurückzugreifen, um den Haushaltsbedarf ins Gleichgewicht zu bringen. Ein Vergleich der Kosten „Arbeitsverdienst des Mannes“ zwischen unseren Kollegen und den übrigen Berufen zeigt denn auch, daß der arbeitende Sattler durchschnittlich nur 81,5 Prozent, die übrigen Berufe jedoch 83,2 Proz. der Gesamteinnahmen aufzubringen vermag. Sicher ein Bild, das zum Nachdenken und entsprechendem Handeln anregen dürfte.

Erken wir uns nun die Ausgaben auch etwas näher an. Bei den gelernten Arbeitern der übrigen Berufe gehaltenen sich dieselben folgendermaßen:

	Mt.	In % der Gesamtausgabe
Für Nahrung	169,10	51,5
„ Kleidung	209,78	11,2
„ Wohnung	316,40	16,8
„ Heizung und Beleuchtung	79,-	4,2
„ Sonstiges	307,61	16,3
Insgesamt	1381,95	100,0

Also 51,5 Proz., etwas mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben, entfallen im Durchschnitt bei den gelernten Arbeitern aller Berufe auf die Beschaffung von Nahrungsmitteln. Bei unseren Kollegen gestaltet sich das Verhältnis der Ausgaben wie folgt:

	Mt.	In % der Gesamtausgabe
Für Nahrung	580,66	49,9
„ Kleidung	209,06	11,3
„ Wohnung	364,77	20,7
„ Heizung und Beleuchtung	74,11	4,2
„ Sonstiges	248,92	13,9
Insgesamt	1765,92	100,0

Wir sehen, daß bei unseren Kollegen der für Nahrungsmittel aufzuwendende Betrag nur 49,9 Proz. der Gesamtausgaben darstellt, und das noch, trotzdem dieselben mit ihren Gesamtausgaben um nicht weniger als 116,03 Mt. hinter dem Ausgaben-durchschnitt der übrigen Berufe zurückbleiben. Es besagt diese Zahl nichts anderes, als daß unsere Kollegen in puncto Ernährungsmöglichkeit unter dem Durchschnitt gelernter Arbeiter stehen, also an Unterernährung leiden. Die Ausgaben für Kleidung halten sich ungefähr auf der Höhe des Durchschnitts der übrigen Berufe. Aber schon der nächste Posten, die Ausgabe für Wohnung, ist bei unseren Kollegen um zirka 4 Proz. höher als der Durchschnitt. Diese Tatsache erklärt sich ganz zwanglos daraus, daß infolge der relativ höheren Mietpreise in den Großstädten (und solche kommen für unsere Kollegen nur in Frage) die Durchschnittsziffer steigen muß. Für einen bestimmten Betrag hat man in der Großstadt eine schlechtere Wohnung als in der Kleinstadt. Unsere Kollegen wohnen also sicher nicht besser als die gelernten Arbeiter der übrigen Berufe, zieht man jedoch noch in Betracht, daß unsere Kollegen aus der Untervermietung von Wohnräumen einen sehr hohen Betrag zur Vergößerung ihres Einkommens (92,20 Mt. gegen nur 52,17 Mt.

anderer Berufe) herausziehen, so muß man zu dem Schluß kommen, daß auch in bezug auf die Wohnungsverhältnisse unsere Kollegen gegenüber anderen Berufen wesentlich schlechter gestellt sind. Also auch hier ein deutlicher Beweis dafür, wie notwendig es ist, von Organisationswegen das Lebenshaltungsniveau nachdrücklich in die Höhe zu treiben. Daß die „Sonstigen Ausgaben“, unter welchen Kosten wohl hauptsächlich solche Ausgaben zusammengefaßt sind, die nicht unbedingt notwendig zur Krönung des Lebens gehören, wie Reisen, Theater, Vergnügungen usw., bei unseren Kollegen ganz wesentlich niedriger sind als im Durchschnitt der anderen Berufe, ist nach dem Gesagten ohne weiteres begreiflich.

Bei oberflächlicher Betrachtung konnte jemand auf die Meinung verfallen, unsere Kollegen hätten im Laufe des Jahres noch etwas gespart, denn die Gesamteinnahme beträgt im Durchschnitt pro Familie 1774,36 Mt., die Gesamtausgabe hingegen nur 1765,92 Mt., so daß es den Anschein hat, als wäre der „Reberchuh“ von 13,41 Mt. zum Ankauf von Staatspapieren verwendet worden. Aber schon ein flüchtiger Blick zeigt, daß der „Reberchuh“ gar kein Reberchuh ist, hat doch jede Familie im Jahresdurchschnitt den Betrag von 42,35 Mt. Darlehen aufnehmen oder Erparnisse anlegen müssen.

Nützliche Vergleiche könnten wir noch auf den mannigfaltigen Gebieten anstellen, schier endlos könnte man die durch das Statistische Amt gewonnenen Zahlen in Artikeln verarbeiten, ohne diese erschöpfen zu können. Doch die bisherigen Betrachtungen zeigen uns schon zur Genüge, welche Stellung unsere Kollegen im Gesellschaftsgefüge einnehmen. Und wenn wir im vorigen Artikel sagten, daß die hier gewonnenen Zahlen nicht als typisch, nicht als zwingendes Beweismittel für die Lage unseres Berufes angesehen werden können, so ist das nur so zu verstehen, daß mit diesen Zahlen die traurige Lage unserer Berufsgenossen viel zu günstig dargelegt wird. Eine Erhebung, die nicht nur auf einige Großstädte mit ihren absolut und relativ besseren Verhältnissen beschränkt bliebe, die also das ganze Reich umfaßt, würde, soweit kann man mit ziemlicher Gewißheit auf Grund der obigen Zahlen sagen, zeigen, daß unser Beruf noch viel weiter hinter dem Durchschnitt der übrigen Berufe zurückbleibt, als es hier nach dieser Erhebung der Fall zu sein scheint. Unseres Erachtens wäre es notwendig, daß der Zentralvorstand sich baldigst wieder einmal mit der Frage einer allgemeinen Erhebung über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse befassen würde. An wieviel bei dieser Erhebung eine Fragestellung im Sinne der Arbeit des Statistischen Amtes zu berücksichtigen wäre, kann allerdings nur das Ergebnis sorgfältiger Beratung sein.

Bedeutung und Wertschätzung der Industrie und Landwirtschaft in Preußen.

Die gegenwärtige Wahlrechtsbewegung in Preußen wirbelt eine Menge von Fragen auf, die mit der Repräsentation des preussischen Volkes in engstem Zusammenhang stehen. Eine der wichtigsten davon ist das Verhältnis zwischen Stadt und Land in ihren Beziehungen zur Wollvertretung. Sie kommt vor allem zum Ausdruck in der Wahlkreiseinteilung, die von den herrschenden Parteien einschließlich der Regierung mit allen Mitteln künstlich aufrecht erhalten wird. Diese Wahlkreiseinteilung stammt aus dem Jahre 1858. Schon damals war sie auf eine Begünstigung des platten Landes zugeschnitten, das der Regierung als die geeignetste Stütze für ihre Zwecke erschien und auch heute noch erscheint. Damals war Preußen aber weit überwiegend noch ein Agrarstaat; die größere Hälfte seiner Bevölkerung zog ihren Erwerb noch aus der Landwirtschaft und sieben Achtel derselben wohnten auf dem Lande.

Dieses Verhältnis hat sich seitdem von Grund aus geändert. Industrie, Handel und Verkehr sind in Preußen gewaltig emporgekommen und haben die Landwirtschaft zurückgedrängt. Die Mehrheit der Bevölkerung ist heute mit ihrem Erwerb an die Städte gebunden und wohnt teils in Städten, teils in den nächsten Umgebungen von Stadtgemeinden. Und der Bevölkerungszunahme entspricht völlig die Bedeutung der Städte als Steuerquellen des Staatswekens. Den weitaus überwiegenden Teil seiner Steuereinkünfte zieht Preußen aus den Städten, während die Steuerkraft des Landes von Jahr zu Jahr in ihrer Bedeutung zurückgeht. Gleichwohl weigern sich Regierung und die Mehrheitsparteien des Landtags, den Städten eine ihrer wirklichen Bedeutung entsprechende Repräsentation im Abgeordnetenhaus zuzuerkennen.

Von 37,9 Millionen der Gesamtbevölkerung Preußens fanden nach der Berufs- und Ge-

werbezählung 1907 nur 10,8 Millionen einschließlich Dienende und Angehörige oder 28,50 Proz. ihren Erwerb in der Landwirtschaft, dagegen 21,2 Millionen gleich 55,93 Proz. in Industrie, Verkehr, Handel und Verkehr und 5,8 Millionen gleich 15,48 Proz. in privaten und öffentlichen Diensten sowie sonstigen Berufen. Doppelt so stark müßte die Vertretung von Industrie und Handel sein, als die der Landwirtschaft, wenn es noch Gerechtigkeit in Preußen gäbe.

Nach der Bevölkerungszählung 1905 wohnen 16,8 Millionen oder 45,22 Proz. in Städten, 18,3 Millionen oder 49,31 Proz. in Landgemeinden und nur 2,0 Millionen oder 5,44 Proz. in Gutsbezirken. Daß hier die Landgemeinden noch so stark hervorreten, erklärt sich aus dem Wohnen der industriellen Arbeiterbevölkerung auf dem Lande. Die dichtbevölkerten Landgemeinden sind Industriehäute oder Vorstädte von solchen, deren Verpflichtung der Wachtspruch der Regierung im Wege steht. Nur in ganz außerordentlichen Fällen und zögernd gibt die Regierung zu städtischen Einwohnerleistungen von Landgemeinden ihre Zustimmung und noch seltener werden solchen Kleinere Gemeinden die Stadtrechte verliehen. So erhoben im preussischen Abgeordnetenhaus am 7. März d. J. die Konservativen wütenden Einspruch gegen die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M., lediglich aus politischen Gründen, weil diese Stadt ein geheimes Kommunalwahlrecht habe und weil deren Gemeindervertretung sich auf die Seite der Straßendemonstranten in der Wahlrechtsbewegung gestellt habe. Meiner man also die Vorortsgemeinden zu den Städten, so ist die weitaus größere Hälfte der Einwohner Preußens Stadtbewohner.

Nach der preussischen Einkommensteuerstatistik für 1909 war das Ergebnis der Steuer-

	Städte	Land	Nichtstädtische Gemeinden	Städte	Land	Nichtstädtische Gemeinden
	Mil. Mt.	Mil. Mt.	Mil. Mt.	Mil. Mt.	Mil. Mt.	Mil. Mt.
Veranlagt	187,64	63,87	27,19	5,37		
Erhoben	200,90	69,90	39,29	7,77		

Die Städte brachten demnach an Einkommensteuer 249,19 Millionen Mark (76,2 Proz.), das Land nur 77,67 Millionen Mark (23,8 Proz.) auf. Nach diesem Ergebnis käme den Städten eine dreimal stärkere Vertretung zu als dem Lande, denn in Preußen soll je die Steuerleistung aus-schlaggebend sein für die Zurechnung der staatsbürgerlichen Rechte. Wertmäßigere kommt dieser Grundfah erst bei der Klassenziehung zur Anwendung, nachdem man schon durch die Wahlkreiseinteilung ein privilegiertes Reich von Landkreisen und ein untergeordnetes Reich der Stadtkreise einrichtete. Daß die übrigen Steuerleistungen des Landes diejenigen der Städte nicht übersteigen, zeigt uns ein Blick auf die zur Ergänzung der Steuer herangezogenen Vermögen, deren Durchschnittsbetrag pro Kopf der Familien im Jahre 1908 in den Städten 80,200, auf dem Lande nur 42,900 Mark erreichte.

Aus alledem ergibt sich, daß nicht die Landwirtschaft und das platte Land, sondern Industrie, Handel und Verkehr und die Städte der breite Sockel sind, auf dem Preußens Staatsmacht beruht. Die letzteren sind auch die wirklichen Träger der fortschreitenden Kultur, die ein Kulturfortschreiten fördern und begünstigen muß, während die Landwirtschaft und das flache Land längst an staatlicher Bedeutung hinter jene zurückgetreten sind. Die Landbevölkerung wäre längst in größerem Umfange aufgezogen, wenn die Reichsregierung nicht die Städte durch eine Schutzoll- und Landwirtschaftspolitik dem Lande treupflichtig gemacht hätte. Ungezählte Millionen sind seit 3 Jahrzehnten aus städtischen Taschen in die Beutel der ländlichen Grundbesitzer gewandert. So ist die Landwirtschaft aus einem Nährer zu einem Lehzer der gesunden Volkskraft geworden, der seine durch künstliche Mittel erzwungene Position nun dauernd aufrecht erhalten möchte. Daher die politische Unterdrückung der Städte und ihrer Bevölkerung mittels der längst veralteten Wahlkreiseinteilung, die die Vorherrschaft der rückständigsten Kreise frucht.

Sehen wir uns nun die preussische Wahlstatistik ein wenig näher an. Von je 100 städtischen Urwählern wählten konservativ oder freikonservativ 9,57, zentrunmäßig 16,09 und antisemitisch oder landbändlerisch 6,22. Die Gegner der Wahlrechtsreform erhielten aus städtischen Urwählern also nur 25,88 Prozent städtischer Stimmen. Dagegen stimmten von je 100 städtischen Urwählern für Sozialdemokraten 34,33, für Freisinnige 7,25, für Nationalliberale 14,53 und für Polen und Dänen 3,20. Den Parteien der Wahlrechtsreform fielen hier also 59,31 Prozent städtischer Stimmen zu, während der Rest (14,81 Proz.) sich auf sonstige, unbestimmte oder unbekannte Parteien verteilte. Die städtische

Bevölkerung huldigt dem politischen Fortschritt selbst im Zeichen der öffentlichen Zustimmung wählen nahezu drei Fünftel städtischer Wähler Parteien der Wahlreform und ein Drittel die Partei des Reichstageswahlrechts.

Andererseits wählte das Land! Hier fielen den Konservativen und Freikonservativen von 100 ländlichen Wählerstimmen 25,56, dem Zentrum 24,88 und den Antisemiten und Landbündlern 1,56, den Wahlrechtsfeinden insgesamt also 52,30 Proz. zu, während die Wahlreformparteien zusammen nur 39,31 Proz. erhielten. (Sozialdemokratie 10,84, Freiwirtschaft 1,76, National-liberale 10,43 und Polen und Dänen 16,28.) Das platte Land ist noch immer das Paradies der Reaktionsäre, es wählt überwiegend konserverativ oder ultrakonservativ. Deshalb lassen diese beiden Parteiengruppen, die sich zur gemeinsamen Verdrängung der Wahlreformvorlage in der Kommission zusammengefunden haben, an der Vorzugstellung des Landes gegenüber den Städten nicht rütteln.

Wie diese Wahlkreiseinteilung auf die Wahl der Abgeordneten einwirkt, zeigt folgende Gegenüberstellung. Es erhielten bei der Wahl 1908 an Stimmen und Abgeordneten:

Gegner		Anhänger	
der Wahlreform			
Wahlkreiseinteilung	Stimmen in Proz.	Wahlkreiseinteilung	Stimmen in Proz.
Konservative	14,15 34,31	Sozialdemokratie	23,87 1,58
Freikonserv.	2,54 18,54	Freiwirtschaft	0,88 1,80
Zentrum	10,91 23,47	Freiw. Volksp.	3,93 6,82
Antisemiten	0,96 —	Nationallib.	12,71 14,67
Bund d. Landwirte	0,60 —	Polen, Dänen	9,02 3,38
Zusammen	37,56 71,32	Zusammen	50,41 27,75

Außerdem wurden 4 Abgeordnete (0,90 Proz.) gewählt, die zu keiner Partei gehören.

Dank dieser Wahlkreiseinteilung haben die Parteien der Wahlrechtsreform für 50,41 Proz. der Wählerstimmen nur 27,75 Proz. der Abgeordneten erhalten, wobei die Sozialdemokratie die hauptsächlichste Verlustträgerin ist, während die Wahlreformgegner für 37,56 Proz. der Stimmen 71,32 Proz. der Mandate zum preußischen Landtage erbehalten. Die Konservativen haben fast das Dreifache der Mandate bekommen, als ihnen zum. das Zentrum ebenfalls ein gutes Teil mehr. Kein Wunder, daß diese Parteien sich gegen ein gleiches Wahlrecht von Stadt und Land erklären, denn ihnen erwächst der unrechtmäßige Gewinn aus der Benachteiligung der Städte.

Aber auch die liberalen Parteien haben dabei mehr Abgeordnete erhalten, als ihnen nach Maßgabe der Wählerstimmen zukommt. Dies erklärt sich aus dem Zusammenwirken von Wahlkreiseinteilung und Klaffeninteilung; die letztere ermöglichte den Liberalen, sich für die aus der ungerechten Wahlkreiseinteilung erwachsenden Verluste durch Ueberstimmung der dritten Klassenwähler schadlos zu halten und damit alle Verluste auf die Sozialdemokratie, der Partei des städtischen Proletariats, abzuwälzen. So laßt der Fluß der politischen Entrechtung der Stadtgemeinden zehnfach auf der Arbeiterklasse, die nur den 18. Teil der ihr zustehenden Volksvertreter erhält. Auf 108 von 443 Mandaten hatte die Sozialdemokratie gemäß ihrer Stimmengahl Anspruch, — 6 hat sie nur erhalten.

Diese Entrechtung der städtischen Wähler ist eine Angelegenheit, die der indirekten Wahl und der Klaffeninteilung an Gemeingefährlichkeit nichts nachgibt. Ihre schlimmsten Wirkungen zeigt sie in den Großstädten. Berlin hat gemäß seiner Bevölkerungsziffer 12 Abgeordnete zu wenig; Breslau und Köln müßten je 3, Frankfurt a. M., Charlottenburg, Essen, Stettin je 2 und Düsseldorf, Hannover, Magdeburg, Duisburg, Dortmund, Altona, Kiel, Rixdorf, Gelsenkirchen, Schöneberg und Posen je 1 Abgeordnete mehr erhalten, als es heute geschieht. Die 28 preußischen Großstädte sind zurzeit durch 52 Abgeordnete vertreten, während ihnen nach der Bevölkerungsziffer deren 90 zu ständen. Die meisten übrigen Stadtkreise sind derzeit mit Landkreisen überpupelt, daß die Wähler der letzteren einen erheblichen Einfluß auf die Abgeordnetenwahl ausüben. Aus dieser Mißverteilung der Städte und dem ländlichen Einfluß erklärt sich das große Uebergewicht der rüchständigen Parteien im preußischen Abgeordnetenhaus.

Der Arbeiterschaft Preußens fällt die Kulturaufgabe zu, mit dieser politischen Unterdrückung der Städte aufzuräumen und den großen Zentren der Kultur und des Fortschritts die politische Gleichberechtigung

zu erkämpfen. Sie führen diesen Kampf nicht allein für sich, sondern für alle, die im Raumkreis der Stadt ihren Lebensberuf finden. Deshalb sollten sich alle städtischen Parteien darin einig sein, den Kampf gegen die veraltete Wahlkreiseinteilung zu unterstützen. Es scheint indes, daß die bürgerlichen Reformparteien hier versagen, um auch ferner auf dem Boden der Dreiklassenwahl sich an der Arbeiterklasse schloßlos zu halten. Ein solches Verhalten dieser Parteien ist nur geeignet, die Kraft und Schärfe der großen Wahlrechtsbewegung zu erlösen, die schließlich mit dem preußischen Dreiklassenwahlrecht auch die ungerechte Wahlkreiseinteilung hinwegschwemmen wird. Je mehr man sich bemüht, von dem preußischen Klassenwahlrecht möglichst viel zu retten und konserverieren, desto mehr wird das preußische Volk die Ueberzeugung gewinnen, daß hier endlich einmal gründlich reiner Tisch gemacht werden muß!

Gau Stuttgart.

(Fortsetzung.)

In Mannheim hat sich das Interesse für unseren Verband in erfreulicher Weise gehoben. Es kommt dies zwar in der Mitgliederbewegung während der Berichtzeit nicht deutlich zum Ausdruck, da hier einem Zugang von 10 Mitgliedern ein Abgang von 15 gegenübersteht, doch sind dieselben für den Verband nicht verloren; denn es sind darunter 13 Abgereichte, zum Militär einberufen oder aus Hochmilitärsgründen zu anderen freien Verbänden übergetreten und nur ein ausgeschlossener. Durch Neuaufnahmen in diesem Quartal in der feine Mitgliederzahl weit überholt und alle Aussicht vorhanden, daß die Verwaltungsstelle in unserem Verbands bald wieder den Platz einnimmt, der ihr nach Zahl der am Ort beschäftigten Kollegen gebührt.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Reiseartikel-, Geschirrs-, Treibriemen- und Autobranche sind sehr verschieden; am besten und dieselben in letzterer, am schlechtesten in der Geschirrs- und Treibriemenbranche. In der Reiseartikelbranche beträgt für die Firma Huber u. Aufhäuser ein Tarif, Arbeitszeit 12 Stunden täglich, Sonnabends 2 1/2 Stunden. Mindestlöhne im ersten Jahr nach der Lehre 21 Mk., im zweiten Jahr 23 Mk., für Gehilfen von 22—25 Jahre 26 Mk., ältere Kollegen 28 Mk. pro Woche. Ueberstunden 25 Proz., Sonntag und Nacharbeit 50 Proz. Zuschlag. An Vorabenden hoher Feiertage in um 1 Uhr Arbeitsloß ohne Lohnabzug, Abschaffung des Kost- und Logiszwanges, sowie Bestimmungen in hygienischer Beziehung.

Bei der Firma sind aber nur 7 Kollegen beschäftigt; davon sind 4 bei uns, 2 christlich und einer unorganisiert. In den übrigen Geschäften dieser und der Geschirrsbranche (lauter Kleinmeister) bestehen auch in Mannheim die bekannten schlechten Zustände und müssen wir betonen, daß hier Neubau geschaffen wird, um eine allgemeine Verbesserung durchsetzen zu können, dazu ist aber die Mitarbeit der dort Beschäftigten erforderlich; darum rufen wir auch hier den Kollegen zu: Vag Cure seitherige Gleichgültigkeit ab, ermannt Euch und zeigt durch Anschlag an unseren Verband, daß Ihr nicht gleichgültig seid, Euch noch länger als Ausbeutungsobjekt benützen zu lassen, sondern Anspruch darauf erhebt, daß Eure geleistete Arbeit auch angemessen und zeitgemäß entlohnt wird. In der Autobranche hat sich der Geschäftsgang sehr bedeutend gehoben. Es ist hier die Firma Wenz, welche in Betracht kommt und zirka 40 Kollegen beschäftigt. Zurzeit genießt die Mehrzahl derselben einen amständigen Lohn und wäre es ein Verdienst, diesen auch auf die Dauer hochzuhalten. Notwendig ist nur, daß dazu jeder Kollege seinen Mann stellt und dieses auch durch Beitritt zu unserer Organisation zum Ausdruck bringt. Hier ist das Hauptbedingnis, was mit dem Egoismus, bezeugt Euch kollegialitätsgelübt und arbeitet mit am Zustandekommen von dauernd günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Den Weg weist also jeder, darum Kollegen zeigt auch den Willen, denselben zu beschreiten!

Versammlungen finden jeden ersten Sonnabend im Monat statt. Vorträge wurden 3 gehalten; der Besuch derselben ist gegen früher besser geworden. Den Kollegen ist zu empfehlen, die reichliche Gelegenheit zur geistigen Weiterbildung, welche durch Veranstaltungen des Partells und dessen reichhaltige Bibliothek geboten sind, noch mehr als seither zu benutzen.

Die Krisenverwaltung ist sehr rührig und verdient von allen Kollegen, besonders in Ausübung der Agitation, kräftig unterstützt zu werden.

In Karlsruhe gehören unsere Mitglieder fast ausschließlich der Militärbranche an. In dem einzigen Betriebe dieser Branche am Ort, der Firma Kitzler, war während der zweiten Hälfte des ver-

gangenen Jahres der Geschäftsgang ein guter, so daß zirka 25 Kollegen dort beschäftigt wurden, welche Zahl aber nach dieser Zeit bis unter die Hälfte gesunken ist.

Wegen Festsetzung von Akkordpreisen und Abwehr von Reduzierung derselben mußte der Werkstattauschuss verschiedentlich vorzeitig werden, es war noch immer möglich, die Differenzen bezuglichen. Mit dem Abfließen der Monatlur in aber leider zu beobachten, daß die Firma ihren Arbeitern beim Vorbringen von Wünschen oder Beschwerden über Arbeitsverhältnisse, Entlohnung usw. immer weniger entgegenkam und sogar bestrebt ist, gegebene Zustände wieder illusorisch zu machen, was nur durch die Einigkeit der Kollegen abgewehrt werden konnte.

Es ist zu hoffen, daß die Firma nicht auf dieser abschüssigen Bahn weiter schreitet, um so mehr als ihr ein Stamm eingearbeiteter tüchtiger Leute zur Verfügung steht. Sich diesen durch zeitgemäße Entlohnung und amständige Behandlung zu erhalten, dürfte sehr wohl im Interesse des Betriebes selbst gelegen sein. Unsere Versammlungen, welche alle 14 Tage stattfinden, könnten noch besser besucht sein, da die Verwaltung Wert darauf legt, dieselben durch Vorträge über Gewerbeordnung, Unfall-, Krankenversicherung sowie Erörterung wirtschaftlicher und anderer Fragen zu beleben.

Mitgliederbewegung des 3. und 4. Quartals; Zugang 24, Abgang 20, Bestand 24; außerdem sind noch 9 Kollegen in letzter Zeit aus Magdeburg und Moppenheim gewonnen worden.

In Mannheim hat unsere Verwaltungsstelle harte Arbeit, um an die vielen Indifferenzen heranzukommen, die sich hauptsächlich bei den Kleinmeistern und unter den zahlreichen Arbeiterinnen der für uns in erster Linie in Betracht kommenden Firma V. Strohmeyer u. Co. (Mitarbeiterbranche) befinden.

Eine kleine Lohnerrhöhung haben die Kollegen dort erreicht, indem einige Akkordpreise, hauptsächlich für Nachsch, verbessert wurden. Leider war es nicht möglich, für Protobutel, Zellstoff,beutel und Silbeposttaschen mehr zu bekommen, obgleich gerade diese Preise als durchaus ungenügend bezeichnet werden müssen. Die Firma beruft sich hier auf die Konkurrenz und in bedauerlicher Weise zu tonifizieren, daß anderwärts durch Vergabung dieser Artikel in die Heimarbeit eine große Anzahl besonders weiblicher Arbeitskräfte in geradezu schamloser Weise ausgebeutet wird. Immerhin müßte es doch möglich sein, daß eine über Millionen verfügende Firma, wie V. Strohmeyer u. Co., ihren Arbeitern trotzdem einen zeitgemäßen und auskömmlichen Lohn bezahlen könnte und gegebenenfalls mit uns gemeinsam dahin wirken müßte, daß durch besondere Bestimmungen bei Vergabung von Militärarbeiten für unsere Branche, die Auswände der Heimarbeit unmöglich gemacht werden. Dies wäre gewiß ein Bestreben, das nicht nur im wahren Sinne des Wortes nachherhaltend, sondern in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Beziehung eine zwingende Notwendigkeit geworden ist.

Unsere Verwaltungsstelle hat sich trotz mancher Schwierigkeiten in erfreulicher Weise auf der Höhe gehalten und es ist anerkennenswert, daß die Kollegen auch in schwierigen Lagen stets den Weg zur Einigung gefunden haben. Es ist zu wünschen, daß die älteren Kollegen auch fleißigerer Teilnahme an den Zusammenkünften der Kollegen unterstehen und dazu beitragen, die Kollegenschaft auch in geistiger Beziehung weiterzubilden.

Mitgliederbewegung: Zugang 15, Abgang 14, Bestand 37.

Auch in Elm ist ein erweitertes Interesse für unsere Sache zu verzeichnen. Aber die Kollegen dort haben mit vielen Unannehmlichkeiten zu kämpfen und müssen diese zu dem ohnehin nicht beneidenswerten Los, Militärattache zu sein, ohne ihr Ver schulden auch noch ertragen.

Wohl haben wir für Elm und Neu-Elm seit Juli und August vorigen Jahres einen Tarif für die zwei dortigen Militäreffektenfabriken zustande gebracht, doch ist dadurch nicht die zu erwartende Zeit der Ruhe eingeleitet, was besonders für die Firma Römer, Neu-Elm, zutrifft. Immer wieder gab es Differenzen, sei es wegen Akkordpreisen oder Behandlung und doch ging alles viel besser, und zwar sicher nicht zum Nachteil der Firma, wenn diese den berechtigten Wünschen der Arbeiter etwas mehr Rechnung tragen würde. Vielleicht tragen diese Zeiten etwas dazu bei, auch das Verhältnis zwischen Werkführer und Arbeitern erträglicher zu gestalten, weshalb ich hier nicht näher auf dieses eingehen will in der Hoffnung, daß Herr Römer, welchem ja viel daran gelegen ist, als humaner Arbeitgeber zu gelten und persönlich durchaus schätzenswerte Eigenschaften besitzt, dieselben auch zum Wohl seiner Arbeiter entfaltete. Die Kollegenschaft und nicht zuletzt die or-

ganisierte, wird dies dann auch anzuerkennen wissen und es wird sich zeigen, was wo anders schon oft zu beobachten war, daß ein Betrieb mit organisierten Arbeitern imstande ist, in jeder Beziehung konkurrenzfähig zu bleiben.

Wie groß der Wechsel in Ulm an Arbeitskräften und wie notwendig deshalb ein Stamm von tüchtigen und ansehnlichen Arbeitern ist, zeigt unsere Mitgliederbewegung während der Verichtszeit. Zugang 53, Abgang 37. Erfreuliches Resultat für uns ist, daß sich die Mitgliedschaft von 27 auf 43 gehoben hat.

Anerkennung verdient, daß das Kollegialitätsgefühl und die Mitarbeit an den Verwaltungsgeschäften sich gehoben haben und ist zu erwarten, daß dieses anhalten und der Gesamtheit zum Nutzen gereichen wird.

Vericht über Stuttgart, Waiblingen, Untertürkheim, Aalen, Gaggenau, Kuppenheim und Künzelsau muß wegen unerwarteter auswärtiger Verpflichtungen des Gauleiters zurückgestellt werden.

Dulius M.

Der Arbeitsmarkt im Monat Januar 1910.

Der Geschäftsgang brachte, nach dem „Reichsarbeitsblatt“, im Monat Januar für einige Großindustrien eine kaum nennenswerte Abweichung gegen den Vormonat.

Auf dem Rührfabrikmarkt machte sich in der zweiten Hälfte des Monats Januar eine verminderte Abnahme von Seiten der Industrie und Privater fühlbar. Auch im Saarrevier und in Schienen waren die Werke weniger zur Beschäftigung. Die Braunkohlenindustrie war gleichfalls wenig zu frieden. Schuld an der geringen Abnahme waren der milde Winter und das Aufhören der Zuckerrübenkampagne.

In der Metallindustrie hielt sich die Beschäftigung etwa auf der gleichen Höhe wie im Vormonat. Ausreichend waren die Eisengießereien beschäftigt. Im Maschinenbau hatten die Werke in Norddeutschland sehr gut zu tun, dagegen klagten die in Mitteldeutschland.

Noch immer schwankend war der Geschäftsgang in der Textilindustrie. Die Baumwollspinnereien wie die Webereien wurden durch die erheblichen Ausschwanfungen der Baumwolle sehr ungünstig beeinflusst. Die Tuchfabriken und einige Zweige der Seidenindustrie waren gut mit Aufträgen versehen. Im Baugewerbe hat sich die Lage im Vergleich zum Vormonat wenig geändert. In der Bekleidungsindustrie war infolge der Aufträge für den Frühling die Beschäftigung eine sehr rege.

Wie üblich bricht für die Zigarenfabrikation nach dem Weihnachtswinter eine ruhigere Zeit an. Auch die Brauereien hatten weniger zu tun.

Im Eisenbahnbauwesen ist die Beschäftigung im Vergleich zum Vormonat weiter zurückgegangen, so daß in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit erheblich verkürzt werden mußte.

Die Automobilindustrie hingegen war gut und erheblich stärker als im Vormonat beschäftigt. So daß eine süddeutsche Fabrik nur durch Ueberstundenarbeit ihre Aufträge bewältigen konnte.

Die Lederindustrie war nach Berliner und Offenbacher Berichten wie im Vormonat gut beschäftigt.

Die Gummiwarenfabriken sind flott beschäftigt. Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Kantonsstellen ergab sich am 1. Februar gegenüber dem 1. Januar eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähigen Kranken um 5913, und zwar eine Abnahme von 11 608 männlichen und eine Zunahme von 6691 weiblichen, während am 1. Januar 1910 die Abnahme gegen den Vormonat 122 050 (- 98 898 männliche, - 25 157 weibliche) betrug, gegenüber dem 1. Februar 1909 war die Abnahme bei den männlichen Versicherten diesmal wesentlich geringer; sie betrug damals 28 753 Personen. Der Februar 1910 wies gegen den Januar 1910 eine Zunahme der weiblichen Pflichtmitglieder auf; im Vorjahre zeigte sich vom Februar 1909 zum Januar 1909 eine Abnahme derselben. Für beide Geschlechter also war die Lage im Januar 1910 günstiger.

Die Berichte der Arbeitsnachweise geben im großen und ganzen dasselbe Bild wie die vorstehenden Angaben. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Zahlenangaben vorliegen, fanden im Januar 1910 auf 100 offene Stellen bei den männlichen bzw. weiblichen Personen 254 bzw. 98 Arbeitsgesuche gegen 318 bzw. 96 im Januar 1909 und 289 bzw. 107 im Vormonat. Auf dem Berliner Arbeitsmarkt zeigte sich gegenüber dem Vormonat eine wesentliche Erhöhung des Angebotes der Arbeitssuchenden; gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres war eine Besserung wahrzunehmen. Im Regierungsbezirk Düsseldorf unterscheidet sich der Arbeitsmarkt im Januar nicht sehr von dem des Dezember. Das

Baugewerbe war noch gut beschäftigt. In Keifen, Bessen-Rauau und Baldeed scheint eine Besserung des Arbeitsmarktes Platz zu greifen. Der gute Beschäftigungsgrad in der Lebensmittel- und Metallartikel-Industrie hielt weiter an. Bei Ausfall der Holzindustrie war in den übrigen Gewerben eine Aufwärtsbewegung zu spüren.

In Württemberg hat sich die Geschäftslage gegenüber dem Dezember 1909 im allgemeinen etwas gebessert.

Auch in Baden war der Beschäftigungsgrad gut. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen waren im Januar 1910 um 7 873 168 M. höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Das bedeutet eine Mehrerlöse von 113 M. oder 451 Proz. auf 1 Kilometer.

Eingefandt.

Dem Durchleiten des Bieberei Verichts freut man sich, daß einmal die Zeitung kritisiert wird, und das mit Recht, weil in derselben die Offenbacher Verhältnisse zu nicht gewürdigt werden, wo doch das Industriegebiet 3000 Mitglieder zählt. Gibt es da nichts zu schreiben, oder halten es die drei Beamten in Offenbach nicht für nötig, die übrigen 8000 Kollegen in Deutschland wissen zu lassen, was es alles für interessante Vorkommnisse im Industriegebiet Offenbach gibt? Immer liest man von den verschiedenen Gauen die Berichte, und mit Interesse und gern wird es gelesen, und warum, weil man sich dadurch nimmer hinerenden kann, wie es in dem übrigen Deutschland aussieht. Und speziell der Portefeuller interessiert sich für die verschiedenen Berufe unseres Verbandes; ebenso sehr es natürlich dem Sattler.

Wo bleiben die Berichte des Industriegebietes Offenbach? Man wird vielleicht sagen, der Gauleiter ist eben in Berlin und macht einen Kurias mit; das ist aber nicht haltbar. Man schreibt auch in dem Bieberei Bericht unter Anmerkung der Redaktion, der Redaktion wäre nicht eigenweil in Offenbacher Verhältnisse; zu derselben Zeit aber heißt der Offenbacher Gauleiter in Berlin, der muß doch sicher sehr viel wissen! Man wird sagen: warum reißt Du Dich nicht? Ich habe das genau in Versammlungen und persönlich auf dem Offenbacher Bureau, aber es gab doch keinen Bericht. Man wird auch sagen: was willst Du geschrieben haben? Also mal los!

1. Die Eindrücke, den die Beamten sowie der Gauleiter gemacht haben seit der Verschmelzung im Industriegebiet betreffs Einhaltung des Tarifes.

2. Ueber die Anzeigen im Arbeitsmarkt der „Eisenbacher Zeitung“ werden Portefeuller mit Hilfskräften auf große Beiden geschaut! Ein Beweis, daß die Ware so schlecht bezahlt wird, daß sie ein einziger nicht machen kann. Es läßt sich sehr viel schreiben über die Art der Arbeit sowie über die Ausbeutung der Kollegen.

3. Die gute Konjunktur! Und bevor sie einsetzt, muß schon Propaganda dafür gemacht werden, wie sich die Kollegen zu verhalten haben und nicht erst dann, wenn sie bald vorüber ist.

4. Die Arbeit und der gute Geschäftsgang, und wie die Fabrikanten und ihre Vorkäufer auf den Crisikasten herumtanzen, um ihre Ware gemacht zu bekommen. Und wie haben sich die Heimarbeiter zu verhalten, daß nicht um jeden Preis gearbeitet wird? In Hülle und Fülle ist, wie man sieht, zu tun. Es läßt sich viel darüber schreiben und wird auch jeden interessieren.

5. Wie haben sich die Werkstatthalter zur guten und schlechten Zeit und zur Ueber- und unterarbeit zu verhalten, und wie und wo wird gefunden?

6. Welche Verträge werden gemacht von den Arbeitern sowie Fabrikanten? Heraus damit in die Öffentlichkeit und nichts geschieht auf beiden Seiten.

7. Die Präsidentschaften und deren Eindrücke auf die Mitglieder sowie die Verwaltung.

8. Die Verschmelzung der einzelnen Ortsverwaltungen! Ihr Lokalvermögen und die praktische Einteilung des Bezirkes.

Ueber die hier angeführten Gegenstände läßt sich sehr viel schreiben. Also: einmal heraus mit der Sprache!

F. F.

Streiks und Lohnbewegungen.

Berlin. Die Treibriemenfalter besahten sich in einer sehr stark besuchten Versammlung mit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Treibriemengewerbe. Der Vorsitzende, Kollege Schulze, referierte. Eine Statistik hat nachgewiesen, daß 26 Berliner Werkstätten 8 verschiedene Arbeitszeiten haben. Von 181 Treibriemenfaltern haben nur 52 eine 54 stündige und 8 eine 53 stündige Arbeitszeit; 34 arbeiten in Afford, 147 in Zeitlohn. Der niedrigste Lohn beträgt 22, der höchste 32 M. Der Durchschnittsverdienst der Affordarbeiter beträgt 27,45, der der Lohnarbeiter 27 M.

In 2 Fabriken wird, was anerkannt werden soll, 8 Tage Sommerurlaub gewährt. Allerdings kann derselbe von den Betroffenen nicht in der richtigen Weise ausgenutzt werden, da ihnen bei ihrem niedrigen Verdienst es nicht möglich ist, eine Fernreise anzutreten.

Ein neu angestellter Tarifentwurf soll den Fabrikanten sofort zugehen. Ueber Arbeitszeit und Lohn sind folgende Bestimmungen vorgesehn: Die regelmäßige Arbeitszeit für alle Arbeiter beträgt in den ersten 5 Wochentagen 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden pro Tag. Die Einteilung bleibt jedem Betriebe selbst überlassen, jedoch soll der Beginn nicht vor 7 Uhr morgens, Arbeitslohn nicht später als 6 Uhr abends sein. An den Vorabenden der hohen Feiertage beträgt die Arbeitszeit nur 6 1/2 Stunden bei voller Bezahlung. Am Arbeiterentlassungen vorzuziehen, soll bei eintretendem Arbeitsmangel die tägliche Arbeitszeit bis auf 7 Stunden reduziert werden. Der Lohn wird nach Stunden berechnet, jedoch gilt ein Arbeitstag als einheitliches Ganzes. Für die unumgänglich notwendige Zeiterfassung bei Kontrollveranlassungen, Verhandlungen von eigenen Familienangehörigen darf vom Lohn nichts in Abzug gebracht werden.

Akkordarbeit ist abzuschaffen. Der Stundenlohn für perfekte Arbeiter beträgt mindestens 60 Pf. Arbeiter, die zur Aushilfe eingestellt werden, erhalten 65 Pf. pro Stunde. Als „Aushilfe“ gilt eine Beschäftigung, die nicht länger als 6 Wochen dauert. Eine zehnprozentige Zulage erhalten alle kurzzeit Beschäftigten. Ueberstunden sind mit 25 Proz. Nacht- sowie Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag zu vergüten. Als Nacharbeit gilt die Zeit von 8 Uhr abends bis 7 Uhr morgens. Dauert die Ueberstundenarbeit länger als 2 Stunden, so wird eine halbe Stunde Pause gewährt, die bezahlt wird. Auch für Montagearbeiter sind Bestimmungen festgesetzt. Der Vertrag soll vom 1. April 1910 bis 31. März 1912 gelten. Die Verhandlung stimmte dem Entwurf zu.

Treiben. (S. 10. 3.) Am Sonnabend, den 5. März, fand in den Reichshallen eine Versammlung sämtlicher bei Innungsmitgliedern beschäftigten Gesellen statt. Tagesordnung war folgende: 1. Gedenden die Präsidentschaftsgesellen ihre Lage zu verbessern? 2. Anträge zur Quartalsversammlung. 3. Renwahl des Lehrlingsprüfungsausschusses. 4. Verschiedenes.

Kollege Berndt referiert im 1. Punkt über das Thema: „Der Kampf ums Dasein.“ Er schildert in ausführlicher Weise, wie sich der Kampf ums Dasein von der Urzeit bis zur Neuzeit entwickelt hat und wie er immer komplizierter und schwieriger wird. Er verhandelt es, durch Beispiele klarzumachen, wie gerade die Unternehmner und Kapitalisten den Kampf mit aller Schärfe gegen die Arbeiter führen. Der Arbeiter muß zusehen, wie alljährlich hohe Dividenden ausgeschüttet werden und wie er von der bestehenden Klasse immer mehr enteignet wird. Darum muß unsere Parole sein: Man für Mann zu organisieren, damit wir geschlossen den Unternehmern entgegenzutreten können. Redner verglich unsere Löhne mit denen anderer Städte, wo schon längst bessere Arbeitsbedingungen herrschen.

Im Punkt 2 wurde unsere Verfassung umgeändert und der heutigen Zeit entsprechend angepasst. Der Entwurf war von einer Kommission ausgearbeitet worden und wurde von den Anwesenden einstimmig angenommen. Diese neue Verfassung soll bei der nächsten Quartalsversammlung den Meistern unterbreitet werden. Gleichzeitig soll ein Lohnzuschlag von 10 Proz. gefordert werden. In den Prüfungsausschuss wurden außer zwei Kollegen alle neu gewählt.

Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, mit aller Kraft zu agitieren, damit auch wir uns endlich einmal bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen. Die Versammlung war von 50 Kollegen besucht.

Reipzig. Die am 11. März tagende Versammlung erfreute sich eines starken Besuches. Verkündeten doch die Blatthalten seit ein paar Tagen: „Sind die in Sattler- und Portefeullerbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gewillt, zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage Forderungen zu stellen?“ Nachdem der Vorsitzende die Notwendigkeit und Berechtigung, Forderungen zu stellen, in längerer Ausführungen dargelegt und erklärt hatte, weshalb diesmal die Forderungen brandenweise geliebert seien, ward zur Verlesung derselben geschritten. Daraus wäre hervorzuheben für die Meisterfalter: „Wöchentliche Arbeitszeit 52 Stunden, bisher 54 Stunden; an Tagen vor hohen Festen mittags Schluß unter Fortzahlung des Lohnes. Mindestlohn für Ausgelernte bis 2 Jahre nach der Lehre 45 Pf., ältere 50 Pf. Die Löhne sind der Arbeitszeitverfüzung entsprechend zu erhöhen; außerdem für Löhne bis 30 M. 2 M., über 30 M.

1 Mt. Erhöhung. Die Erhöhung der Affordlöbne ist als Werkstattarier eingereicht. Außerdem enthalten die Forderungen für Heberstunden 33 1/2 Proz. für Sonntag- und Nachtarbeit 50 Proz. Zuschlag, eine Vorkontingental, Festsetzung der Löhne der Arbeiterinnen, die üblichen hygienischen Forderungen und eine Regelung des Hilfsarbeiterwesens. Nebenbei sind die Forderungen der Gewerks- und Treibriemenattler. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden mit Ausnahme vor hohen Feiertagen, wo um 4 Uhr Schluß sein soll. Der Mindestlohn beträgt für Ausgelernte bis 2 Jahre nach der Lehre 40 Pf., ältere 45 Pf. Nach Ausgleich der durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstehenden Differenz soll die Erhöhung bis 27 Mt. Wochenlohn 2 Mt., über 27 Mt. 1 Mt. betragen. Diefelbe Entschädigung für Heberstunden wie bei den Heiserattlerattlern, eine Vorkontingental und die hygienischen Forderungen. Die Einführung der geistlichen Forderungen soll am 1. April stattfinden. Die Wagenattler haben ihre Forderungen gemeinsam mit den Schreibern, Lackierern und Stellmachern gestellt, die selben sind den Unternehmern bereits zugestimmt. Nachdem die Versammlung die Forderungen einstimmig angenommen hatte, beschloß sie von jetzt ab keine Heberstunden zu leisten. Außerdem wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Kollegen verpflichten, in der kommenden Periode ihren Mann zu stellen und alle noch abseits stehenden dem Verband zuzuführen. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

In die Kollegen in Deutschland liegt es, uns in diesem Kampfe durch Ablehnung jeglicher Leipziger Arbeitsangebote zu unterstützen.

Haus unferem Beruf.

Berlin. Die hiesige Damengürtelfabrik Max Conrad wendet sich, wie der „Confectionair“ mitteilt, an ihre Gläubiger. Die Forderungen betragen 50.000 Mark, denen an Aktiven 15.000 Mt. gegenüberstehen. Es soll ein außergerichtlicher Vergleich auf der Basis von 30 Proz. angestrebt werden. Hauptbeteiligte sind Berliner und auswärtige Leder- und Metallwarenfabrikanten.

Der Leder-, Treibriemen- und Militärflechtenfabrikant Herr Franz Prekel, Berlin, ist verstorben. Der Verstorbenen war rein persönlich betrachtet, ein lebenswürdiger und jovialer Herr. Vernünftig hingegen gehörte er zu den hartnäckigen Vertretern der Unternehmenseinteressen; wir hatten aus diesem Grunde sehr häufig Differenzen mit ihm. Herr Prekel war antientimistischer Stadverordneter und Reichstagsabgeordneter; er war aber nicht so „engberzig“, wie er uns selbst einmal sagte, machte er im Verkehr mit Juden die besten Geschäfte. Er war auch Händehändler, beschäftigte aber mit Vorliebe billige ausländische Arbeitskräfte. Sein Betrieb war auch stets ein Zentralpunkt „frommer“ und frömmelnder Elemente, die bei Herrn Prekel stets für ihre angeblich bedrängte „Weltanschauung“ bei selbstverständlich billigen Löhnen volles Verständnis fanden.

Der Sattlermeister und Sattelfabrikant Herr G. Reinhardt ist gleichfalls verstorben. Es war einer von der alten Schule. Darinwärts kehrte er sich den Erscheinungen des modernen Lebens entgegen. Jahrelanger Kampfe bedurfte es, ehe er zu der Einsicht kam, daß unser Verband sozusagen auch das Recht zu leben habe. Noch im Jahre 1905 rief er uns beim Versuch einer Verhandlung in seinem Betriebe zornig zu: „Der Verband ist für mich Luft“ und achte auch der Einwendungen seines dabei stehenden, wohl etwas liberaler denkenden Sohnes nicht. Aber der alte Herr hatte Recht! Unser Verband wurde im Laufe der Zeit tatsächlich „Luft“, ohne die der Reinhardtische Betrieb nicht leben konnte, er suchte der öfteren sogar durch unsere Zeitung Arbeitskräfte.

H. W. Selig sind die Armen im Weisse! — Alfred Selig ist ein Sturttgarter Lederwarenfabrikant, ist Mitglied der Fabrikantenvereinigung, will aber nur Arbeiter unter der Bedingung einstellen, daß sie nicht dem Verbande angehören dürfen. Die anderen Grundbedingungen sind: äußerst zuverlässiges, schnelles Arbeiten, sowie Kenntnis von sämtlichen Händelehrarten. Trotz des Versprechens, angenehme und dauernde Beschäftigung unter obigen Bedingungen zu gewähren, ist dieser Organisationsfeind Selig mit dieser seiner Offerte an den Unrechten gekommen, wie es auch all denjenigen passieren wird, die da glauben, nur Nichtverbändler zu beschäftigen. Darüber müßte sich doch jeder Lederwarenfabrikant Deutschlands und sei er noch so „selig“ und arm im Weisse, klar sein, daß qualifizierte Arbeiter nicht mehr außerhalb unseres Verbandes stehen. Wenn Herr Selig für seine Person das Qualifikationsrecht beansprucht, so wird er sich auch damit abfinden müssen, daß die Arbeiter, die er zu beschäftigen gedenkt, dasselbe Recht verlangen. Uns scheint, als

ed Herr Selig nichts gegen den Verband an sich einzuwenden hat, sondern er weiß, daß organisiert Arbeiter neben angemessener Bezahlung eine unabhängige Behandlung gewöhnt sind. Aber gerade im letzten Punkte hat dieser gute Fabrikant den Befähigungsnachweis geliefert, daß er sich zu allem anderen eher eignet, als zu einem Lederwarenfabrikanten, der qualifizierte Arbeiter beschäftigen will. Sollte Herr S. die Offenbacher Kollegen kontaktieren, oder kennt er nicht die Tendenz des „Offenbacher Abendblatt“, in dem er inseriert? Das eine steht außer Zweifel, diesem Fabrikanten fällt es sehr schwer, in Stuttgart Sattler oder Portefeuller für sein Eldorado zu finden. Da hilft ihm nicht einmal das Inferat in der „Offenb. Ztg.“, Herr S. möge versichert sein, daß wir alles daran setzen werden, ihm so lange Arbeitskräfte fernzuhalten, bis er sich bequemt, die Erklärung abzugeben, organisiert Arbeiter bei tariflicher Bezahlung und einwandfreier Behandlung zu beschäftigen.

H. W. Ein Strich des Antihohes für die Offenbacher Lederwarenfabrikanten in die neugebadene Trapezlastfabrik Stein u. Co. Offenbach (Nahober Rhein) Stein. Dieser Herr war mehrere Jahre bei der Firma R. Schuch als Lagerist und Reisender beschäftigt. Der Goldregen, der auch jetzt noch über die Portefeuller-Industrie ergießt, ließ den Plan in Herrn Stein reifen, die „apostrophirte Antihohigkeit“ abzutreiben und sich zum Lederwarenhändler emporzuschwingen. Der Mangel sachverständiger Kenntnisse wird durch eine Portion „Reichthum“ ersetzt und ein neuer Lederwarenfabrikant, beglückt alle diejenigen, die ein lebhaftes Interesse daran haben, die zurzeit blühende Rajahemindustrie auf den Hund zu bringen. Mit der Sachverständigen bereitgestellten Zirkulare werden an die Kundenschaft, insbesondere an die des Herrn Schuch gerichtet, welche folgenden Inhalt haben:

Stein u. Co.
Abritt und Export feiner Lederwaren.
Offenbach a. M., 3. Januar 1910.
Herrn . . .

Ich teile Ihnen höflich mit, daß ich nach langjähriger Tätigkeit im Hause R. Schuch unter obiger Firma in Offenbach a. M. eine Fabrik feiner Lederwaren errichtet habe. Wir fabrizieren hauptsächlich Damentaschen in mittleren Preisklassen und sind infolge großer Entzune in Rohmaterialien in der Lage, Ihnen ganz bedeutend billige Preise stellen zu können. Insbesondere können wir Ihnen Trapezlasten 15 bis 20 Proz. billiger liefern, als Sie solche bisher hatten.

Ich bitte Sie bitte die meine Mühe nicht, und senden Sie uns irgend ein Muster, das Sie billig zu haben wünschen, ein, damit wir Ihnen Anstellung darin machen. Vielleicht gebrauchen Sie irgend einen Artikel zu Reklamazwecken. Sie werden sich überzeugen, daß Sie nirgends billiger wie bei uns kaufen.

Indem wir Ihnen noch für eine tadellose und mustergetreue Lieferung garantieren, empfehlen wir uns Ihnen

Mit Hochachtung
pr. Stein u. Co.: Moriz Stein.

Uns interessiert insbesondere der im Zirkular durch Feldrand hervorgehobene Satz. Er sagt uns, entweder verbinden die Herren Lederwarenfabrikanten einen derartig hohen Prozentsatz, daß ihre Produkte mit Zeitigten solche Preisvergrößerung ausfallen können, oder die Firma Stein u. Co. ist ein Feind des Profits und läßt sich einzig und allein von der Absicht leiten, der Kundenschaft billige Ware anzubieten. Dieses, wie die Konkurrenz der Fabrikanten untereinander, läßt uns wohl wie eine Hundstafel. Wogegen wir aber protestieren, ist, daß irgend einer glaubt, ein Recht zu haben, eine Lederwarenfabrik einzurichten, Muster soll die Kundenschaft einschicken, also Mustermacher usw. werden gepart, um dann den gleichen Artikel 15-20 Proz. billiger liefern zu können. Wenn die Firma St. u. Co. porrest anderen Unternehmern Arbeiter und Kaufmännische Angestellte unter allehand Versprechungen „ausspannt“, so hat doch ihr Gebaren eine harte Lohnreduzierung auch in anderen Betrieben zur Folge. Für Leder, Bügel usw. muß die eine wie die andere Firma die gleichen Preise zahlen, denn hier stehen festgeschlossene Kapitalistengruppen den Lederwarenfabrikanten gegenüber, aber den Arbeitern fehlt zum großen Teil noch die im wirtschaftlichen Kampfe notwendige Geschlossenheit. Hier geben die Fabrikanten den Gehel an und leidet nur zu oft finden sich Elemente, die um jeden Preis arbeiten und schädigend auf die Lohnhöhe wirken. Solchem Treiben vorzubeugen, sollen diese Zeilen dienen und mit dazu beitragen, den Fabrikanten jede Hoffnung auf niedrigere Arbeitslöhne zu nehmen.

Haus Industrie und Handel.

Heberall sind die Preisstreiber an der Arbeit. Staatlich: Gewerbe- und Justizstelle sind wie es scheint nicht nur auf die sogenannten Kulturländer beschränkt, wie wir erfahren, haben auch die Lederhändler Rumoniens, Südamerikas und Ostindiens vor kurzen beschlossen, eine wesentliche Erhöhung der Lederpreise einzuführen zu lassen.

In Deutschland war das Geschäft in Sattler- und Ledernäheren Monat ein relativ ruhiges. Die Lederkäufe werden möglichst eingeschränkt, da die Bearbeiter hoffen, dadurch die Preisstreiber in Leder etwas dämpfen zu können.

Am 14. Februar fand in Eisenach eine Konferenz von Sattlern fast aller Verbände der Lederindustrie statt, die sich mit den Schwierigkeiten des Ledererkaufs befaßte; wie verhandelt, scheinen die Lederfabrikanten Marktüberlegungen anzubahnen, um auf die Rohhändler einen Druck ausüben zu können.

Die Fabrikanten für farbige Led- und Wadetten für Automobil- und Ledermöbel haben sich bereits vereinigt und hoffen nun die „Preise regeln“ und die Produktion bestimmen zu können. Die Konventionalkonferenzen haben sie statutarisch festgelegt, durch welche diejenigen, die Lust bekommen sollten, außer der Reihe zu tanzen, zur Käution gezwungen werden. Ist das Terrorismus? — Interessant ist es übrigens, daß die Herren Lederfabrikanten auf die Frage, ob dann, wenn sie die Rohhändlerlieferanten mit ihren Preisen etwas zurückgedrängt haben werden, auch eine Verbilligung des Leders eintreten wird, geantwortet haben: Nein, dann sind wir erst dran, um etwas zu verdienen, denn bis jetzt haben wir nur Geld zugeleckt! — So treibt ein Weil den anderen.

Die Bearbeiter (Lederwarenfabrikanten) klagen wiederum über die Werber, die es so vorzüglich verstehen, das Leder durch Chemikalien künstlich zu schwebeln. Die Vereinigung der Lederwaren- und Lederfabrikanten von Offenbach, Frankfurt a. M. und Hagenbach hat gleichfalls den Vorständen ihres Verbandes, Herrn Sandikus Schlossmacher, beauftragt, der Kundenschaft mitzuteilen, daß eine wesentliche Verbilligung der Fertigfabrikate eintreten muß, da — manche Lederorten um 20 bis 30 Proz. steigen.

Also überall „Lohnbewegungen“ der Arbeitgeber. Auch die in den Zimmern organisierten Sattlermeister geben jetzt sehr euerigisch davon, ihren Kunden höhere Preise zu präsentieren, worauf wir in nächster Nummer unseres Blattes noch besonders zu sprechen kommen werden. Für unsere Kollegen ergibt sich hieraus jedoch mit zwingender Logik, daß eine Preisreduzierung der Ware Arbeitskraft unbedingt notwendig ist, was von niemand, vor allem aber nicht von unseren Arbeitgebern bestritten werden kann, denn das Rohmaterial zur Erhaltung der Arbeitskraft (Lebensmittel, Miete, Steuern) ist in den letzten Jahren mindestens um den gleichen Prozentsatz gestiegen wie das Leder.

Also, auf in den Kampf um Erhöhung der Arbeitslöhne! Die Zeichen sind günstig! Vor allem aber stärkt zunächst die Organisation, denn ohne diese winkt uns kein bleibender Erfolg.

Korrespondenzen.

Tredden. (S. 12. S.) Am 7. März sprach Kolleg Weinschild-Berlin in einer Versammlung der Reichsflechtenattler über das Thema: „Die Bedeutung der Tarifverträge und in ihre gesetzliche Regelung wünschenswert.“ Als 2. Punkt stand auf der Tagesordnung: Die Einreichung unterer Forderungen und 3. Punkt: Allgemeines.

Eingangs seiner Ausführungen betonte Redner, daß Tarifverträge nur dann von Nutzen sein können, wenn dieselben von Organisation zu Organisation abgeschlossen sind. Als weniger günstig haben sich hingegen Werksatt-Tarifverträge erwiesen, aus dem einfachen Grunde, weil hinter diesen Verträgen keine Macht steht, welche die darin enthaltenen Bestimmungen imstande ist, aufrechtzuerhalten. Einer scharfen Kritik unterzog Weinschild die Uneinigkeit der Arbeiter. Troßdem die Arbeiter den Arbeitgebern den Organisationsgedanken erst geliebt haben, verstehen es die Arbeitgeber besser, sich ohne Unterschied, gegen gerechte Forderungen der Arbeiter zusammenzuschließen, wo hingegen bei den Arbeitern wegen der sogenannten „Weltanschauung“ eineerspaltung in der Arbeiterbewegung zu finden ist. Außerdem scheint natürlich die bekannte „Gelbe Garde“ dem Unternehmertum Helfersdienste. Einen Beweis für den Vorteil einer frommen Organisation gab uns Redner an den Portefeuller, welche durch unermäßliche Arbeit ihre Tarifverträge vorzüglich ausgebaut haben. Natürlich soll dem Arbeiter ein Tarifvertrag niemals als ein Friedensdokument vorzuweisen, denn ein solcher Vertrag ist nur ein Rahmen, in welchem

in begrenzten Zeitabschnitten das Lohnverhältnis bewegt, darum sollen unter Tarif Arbeitende ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen organisch weiter aufbauen auf dem schon Erreichten.

Die Frage einer gesetzlichen Regelung der Tarifverträge beantwortete Medner dahingehend, daß es wohl sehr erwünscht wäre, natürlich können wir eine gerechte gesetzliche Regelung der Tarifverträge von einer Bethmannschen Gesetzgebungsform nicht erwarten. Um den schärfmachenden Gesetzen der Bund und Genossen tatkräftig entgegenzuarbeiten, um zu verhindern, daß nicht etwas ähnliches wie Zuchthausparagrafen das Aufleben einer freideutenden Arbeiterbewegung den Weg zu sperren, so ist es notwendig, daß ein jeder Arbeiter ein Mindestmaß in der freien gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Die trefflichen Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

Zum Punkt 2 teilte der Vorsitzende mit, daß die den Kollegen bekannten Forderungen am 10. März den Arbeitgebern zugedacht werden. Nachdem noch auf die Gewerbegerichtsreform aufmerksam gemacht wurde, erfolgte Schluß der Versammlung.

München. (S. 12. 3.) Am 20. Februar konnten wir in unserer Versammlung unseren 2. Vorsitzenden, Kollegen Weinschäid, begrüßen, welcher uns ein Meierat über: „Bedeutung der Tarifverträge und ist ihre gesetzliche Regelung wünschenswert?“ brachte, welches von unseren Kollegen sehr aufmerksam verfolgt wurde. Medner schilderte die Vorteile der Tarifverträge, brachte auch deren Nachteile für die Arbeiterschaft zur Sprache. Die gesetzliche Regelung durch den Schmpolsol würde uns mehr Schäden als Nutzen bringen, da es den Arbeitgebern doch immer gelingen wird, den Arbeitnehmern aus dem Gesetz eine Schlinge zu drehen, was diesen um so leichter wird, da das Wohlwollen der „nahgebenden“ Kreise doch immer auf ihrer Seite sei. Referent betonte, daß er absolut kein Gegner der Tarife sei. Wenn die Arbeiter gütige Konjunkturen auszunutzen versuchen, wird es ihnen immer gelingen, ihre Löhne um ein Erhebliches über die vereinbarten Mindestlöhne zu bringen.

Die Ausführungen erweckten um so mehr das Interesse der Kollegen, da München eben im Zeichen der Tarifverträge steht, nämlich mit der Automobilfabrik Veisparth und mit den Münchener Wagenfabriken. Eine längere Debatte erfuhr die Bedeutung des Ausdrucks „Erwerbslos“ in unserem Regulativ. Zu dieser Frage steht die Mehrzahl der Medner auf anderem Standpunkt als der Zentralvorstand. Kollege Weinschäid erklärte ausführlich die Stellungnahme des Zentralvorstandes und rief den Kollegen den Versuch vorzunehmen bei etwaigem Vorkommen eines solchen Falles zu beschreiben. Zum Schluß wurde die Generalversammlung München als letzte Instanz in Betracht kommen, welche über Recht oder Unrecht zu entscheiden hätte. In der Diskussion wurde betont, daß gerade München alle Ursache habe, sich gegen diese Maßregel ins Zeug zu legen, da hier 4 Kollegen betroffen sind, die im Krankheitsstadium ihr Gehalt fortbezogen, es sind dieses für die Mittels- und Hochverdienenden Kollegen, welche jetzt Angestellte der Ortskrankenkasse sind, aus Sattlergeschäften aber immer an der Spitze der Organisation stehend und hier als einmal ihre Stellung der Arbeiterschaft opfern mußten. Wir sind unserem alten Stamm diese Sympathie schuldig. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Durchführung dieser Maßregel eine Ungerechtigkeit sei.

Soziales.

Staatliche Subvention der Arbeitslosenklassen in Genf und Basel. Am 6. November des verflossenen Jahres, nach ziemlich langen Verhandlungen, stimmte der Große Rat des Kantons Genf einem von dem sozialdemokratischen Ratsmitglied Nicollet eingebrachten Gesetzentwurf zu, der ausschließlich die staatliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenklassen regelt. Nach diesem Gesetze, dessen vorläufige Gültigkeit auf zehn Jahre festgesetzt ist, garantiert der Staat „den gewerkschaftlichen Vereinigungen oder Gruppierungen, welche eine Arbeitslosenversicherungskasse besitzen, eine Subvention von 80 Proz. jeder Unterstützung, die jedem gesetzlich eingeschriebenen Mitgliede dieser Kasse gewährt wird“. Nur solche Organisationen erhalten diese Unterstützung, welche sich alljährlich in der Staatskanzlei anmelden und die Bestimmungen des Gesetzes anerkennen. Danach müssen sie bei der Anmeldung im Bundesregister eingetragen sein, ein Exemplar der Statuten und des Reglements, soweit dieselben die Arbeitslosenunterstützung betreffen, deponieren und für die Arbeitslosenversicherung eine besondere Buchführung einrichten. Die Staatssubvention kann für jedes Mitglied nur für 60 Tage innerhalb eines Jahres reklamiert werden, und zwar nur für solche, die im Kanton Genf seit einem Jahre wohnen oder seit mindestens einem Jahre einer schweizerischen Ver-

einigung angehören. Arbeitslosigkeit, die die Folge eines Streiks, einer Krankheit, physischer Unfähigkeit oder eines Unfalls ist, berechtigt nicht zur Staatssubvention. — Die Gewerkschaften des Kantons Genf haben, trotz teilweise bestiger Opposition der Anarchisten, inzwischen für ausnahmslos ihre Anmeldung bewirkt.

Der Kanton Baselstadt zahlte bisher der Arbeitslosenklasse des Arbeiterbundes 2000 Frank (außerdem nur 1000 Frank), derjenigen der „Typographen“ 400 Frank jährliche Subvention, ohne daß ein besonderes Gesetz dies bestimmt hätte. Der große Rat dieses Kantons hat nun am 16. Dezember 1900 ebenfalls ein Gesetz betreffend Einrichtung einer staatlichen Arbeitslosenklasse und Unterstützung privater Arbeitslosenklassen genehmigt. Wie schon der Titel sagt, sieht dieses Gesetz auch eine selbständige staatliche Arbeitslosenklasse vor, mit Beiträgen des Staates, wie auch der Versicherer. Die Bestimmungen über die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenklassen enthalten leider auch noch hier die Einschränkung, daß die Unterstützung auch für solche fortfällt, welche infolge einer Aussperrung, der ein Streik oder eine Sperre im gleichen Gewerbe vorausging, arbeitslos sind. Jedemfalls aber bedeuten die erwähnten Gesetze einen begrüßenswerten Fortschritt auf dem Gebiete der Anerkennung der Pflicht des Staates, die Opfer der heftigen Wirtschaftskrise zu unterstützen.

Farrer und Unternehmer gegen katholische Arbeitervereine. In Zundern i. B. waren die Arbeiter der Metallwarenindustrie einem katholischen Arbeiterverein beigetreten. Die Anregung zu der Gründung eines katholischen Arbeitervereins ging von Franziskanerpatres aus, die im Orte eine Mission abgehalten hatten.

Der Unternehmer sah das nicht gern und drohte jedem Arbeiter mit sofortiger Entlassung, der der christlichen Gewerkschaft beitrete; außerdem protestierte er eine gelbe Organisation, der er folgende 1200 Mk. in bar für den Anfang geben wollte. Die Arbeiter aber bestanden auf Freiheit der Koalition und traten nicht aus der Gewerkschaft aus. Am nächsten Tag die Fabrikanten hinter den Farrer, damit dieser gegen die Gründung des Arbeitervereins demonstrieren solle.

Dieser Zweck wurde dann auch erreicht. Der Herr Farrer mißbilligte am folgenden Sonntag von der Kanzel herab die geplante Gründung eines katholischen Arbeitervereins und das Vorgehen der Herren Missionäre in der Angelegenheit. Der katholische „Volkswort“ meint, er sei sprachlos und stehe vor Rästeln, er verstehe nicht, wie der Farrer einer Arbeiterpartei sich öffentlich in der Kirche gegen die Gründung eines Vereins aussprechen kann, die von den hochwürdigsten Herrn Bischöfen und auch vom heiligen Stuhl wiederholt dringend empfohlen wird, und wie die Fabrikanten, die alle gute Katholiken sind, dazu kamen, den Farrer gegen die Ausführung oberirdischer Wünsche und Bestrebungen mobil zu machen.

Uns scheint die Sache weniger unverständlich. Die neue Zeit der wirtschaftlichen Kämpfe und Machtverhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern räumt alle alten papiernen Proklamationen der hohen Kirchenwörter fort. Der katholische Unternehmer hat bei seiner Interessenvertretung nicht Rücksicht zu nehmen auf katholische Arbeiter, und der Farrer steht dem Unternehmer dabei näher als dem Arbeiter. Das wird den katholischen Arbeitern schon noch fühlbar werden.

Zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe hat bekanntlich vor etlichen Jahren nach einer unglücklichen Streikbewegung der Seidenarbeiter in Badiß-Rheinfelden die dortige Arbeiterunion in Verbindung mit dem Gewerkschaftsartikel Vorrang gegriffen, indem eine Webersproduktivvereine gegründet wurde, zur Beschäftigung der Gemahregellen. In den acht Jahren seines Bestehens vermochte sich dieses Unternehmen immer aufrecht zu erhalten und erzielte im verflossenen Geschäftsjahre sogar einen kleinen Uberschuß. Die Betriebsleitung ist nun im Begriff, neben der Fabrikation von Weisfabrikat, deren auch für 1900 eine schöne Reihe Entwürfe vorliegen, den Vertrieb der anderen Vereinsartikel, wie Kofferten, Armbinden, Schärpen, Fahnenscheifen, Emailabzeichen, Fahnen und Bannerstäbe usw. etwas intensiver zu fördern und hat zu diesem Zweck einen Katalog angefertigt mit über 750 Abbildungen in Vereins- und Festabzeichen aller Art. Derselbe steht Interessenten gratis zur Verfügung und hofft das Unternehmen auf tatkräftige Unterstützung von seiten der organisierten Arbeiterschaft. Genosse J. Käuser in Badiß-Rheinfelden ist zu jeder Auskunft gerne bereit.

Sowohl die politische wie die bürgerliche Gesetzgebung proklamieren, protokollieren nur das Vollen der ökonomischen Verhältnisse. (Morg.)

Rechtspflege.

Satzung der Gewerkschaften für Boulottschaden. Lange Zeit hat sich das Reichsgericht des Annehmens gegen den Boulott streik und zivilrechtlich vorzugehen, erwehrt. Schließlich hat der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts aber doch die Entscheidung getroffen, daß die Art der Durchführung ihn zum unethischen Mittel machen kann, nämlich dann, wenn die vollständige Vernichtung der wirtschaftlichen Erziehung des Gegners beabsichtigt ist. Das seitzuellen, liegt in der Hand der Gerichte, die mit der freien Beweiswürdigung einen fast unbegrenzten Spielraum haben. In einem Prozeß des Badermeisters Lude in Berlin gegen die Genossen des Boulott und Schneider und der zahllose Berlin des Boulottverbandes war der Boulott zum unethischen Kampfmittel genipelt worden. Lude hatte im Boulottstreik 1904 die Forderungen der Gesellen anerkannt, dann aber sein Ehrenwort gebrochen und wieder die alten, hartbestimmten Einrichtungen eingeführt. Es wurden dann im März 1905 zwei Flugblätter verbreitet, deren unethische Zwecke die Gerichte aus folgenden Stellen erkannten: Herr Lude scheint auch das Verwerfliche eines Wortbruches zu verstehen, denn er verdeckt sich hinter allerhand Trostungen gegen uns. In die Bevölkerung setzen wir das Vertrauen, daß sie uns unterstützen. In einem anderen Passus des Flugblattes war über die Ehrenhaftigkeit und Wahrheitsliebe Ludes und über die Heiligkeit seines Betriebes einiges gesagt worden. Diese Passagen des Flugblattes sollen nach der Erkenntnis der Gerichte den Boulott zum unethischen Kampfmittel gemacht haben. Lude verlangte einen Schadenersatz von 6000 Mk. für Gewinnverlust und Entwertung seines Geschäfts. Land- und Kammergericht haben unsere Genossen verurteilt. Die Gerichte haben angenommen, daß der Rückgang des Geschäfts tatsächlich erheblich auf die Flugblätter zurückzuführen sei. Vergeblich machten unsere Genossen darauf aufmerksam, daß auch mit anderen Mitteln gekämpft worden ist als mit den beiden Flugblättern. Sie wiesen darauf hin, daß im „Vorwärts“ ein Gerichtsbericht veröffentlicht wurde, wodurch den Kunden Ludes Mitteilung von Schmutzereien in seinem Geschäft gehindert wurde. Das mußte auch auf das Geschäft gehend eingewirkt haben. Das Gericht erklärte dazu, daß diese Berichte im „Vorwärts“ gegenüber den Flugblättern nur ganz geringe Wirkung hätten. Es lehnte auch ab, Badermeister als Zeugen darüber zu vernehmen, daß sie durch den allgemeinen Boulott, der nicht als unethisch angesehen wurde, so schwer geschädigt wurden, daß sie sich schließlich zur Bewilligung der Forderungen genötigt sahen. Auch die Schädigung, die, wie gesagt, erlaubt war, wurde als so gering angesehen, daß sie nicht in Betracht käme. Das Reichsgericht hielt sich an diese Feststellung des Schadens gebunden und verwarf auch am Donnerstag die Revision des Boulottverbandes.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Die vergangene Woche gehörte zu denen, die nach Herrn Major v. Bethmann weniger „interessant“ sind. Im Reichstag ging die Beratung des Marineetats weiter vor sich, wobei sich wiederholt Gelegenheit bot, über unsere Flottenpolitik, die wenig erfreulichen inneren Zustände unserer Marinewerftstätten, über Abrüstung usw. ausgiebig zu diskutieren. Die von sozialdemokratischer Seite beantragte Wahl einer parlamentarischen Untersuchungskommission wurde selbstverständlich abgelehnt, denn „eine Krähe“ hat der anderen die Augen nicht aus, ist trotz aller Differenzen oberster Grundsatz der bürgerlichen Parteien.

Das Hausarbeitsgesetz steht zur Beratung in der dazu gewählten Kommission. Von unserer Seite wurden zahlreiche Verbesserungsvorschläge eingereicht und ausführlich begründet mit dem Erfolge — daß am Schlusse der Woche die Regierungsvorlage noch unverändert besteht, da sämtliche Anträge abgelehnt wurden. Selbst der Antrag, monach Küchen und Schlafräume nicht als Arbeitsstätten benutzt werden dürfen, wurde abgelehnt mit der Begründung, daß sich die Arbeiter diese „polizeiliche Bevormundung“ nicht zu gefallen lassen brauchen. — Man sieht daran, wie „machtlos“ unsere Kollege ist, wenn es sich um die Durchführung vernünftiger Zwecke handelt. Die Budgetkommission des Reichstages besetzte sich mit der voranschreitenden Gestaltung der Reichsfinanzen im laufenden Jahre. Laugitz, tiefertragt steht es damit aus. Vom vorigen Jahre steht, trotz des Steuerzuges, noch ein Fehlbetrag von zirka 170 Millionen Mark zur Deckung. Nach den Berechnungen der Regierung und bei Zugrundelegung der durch die verprochenen „Sparanstreit“ erzielten Minderausgaben soll sich für dieses Jahr der Fehlbetrag um zirka 15 Millionen günstiger gestalten, d. h. der Fehlbetrag, der auf irgend eine Weise unbedingt gedeckt werden muß, wird um diesen

Betrag geringer sein. Also Anleihen oder neue Steuern scheinen unvermeidlich. Die Reichspostverwaltung hat angeblich in diesem Jahre mit einer Mindereinnahme von circa 2½ Millionen zu rechnen. Derartige „Feststellungen“ werden Jahr für Jahr gemühseligmäßig gemacht, die sich hinterher fast immer als unrichtig erweisen. Der Zweck der Meldung ist jedoch immer der, die schmer unter der Feuerung leidenden Unterbeamten und Arbeiter der Postverwaltung die so dringend notwendige Gehalts- und Lohnhöhung abzuschlagen. Die höheren und höchsten Beamten brauchen natürlich unter diesen „Mindereinnahmen“ nicht zu leiden, hier werden trotzdem Stellen vermehrt, Zulagen gegeben, während dort Entlassungen und Heberhündung der im Dienste bleibenden Beamten ohne Erhöhung der Bezüge zur alltäglichen Erscheinung geworden sind.

Einen sogenannten „großen Tag“ hatte das Reichsparlament am Freitag wieder einmal zu verzeichnen. Es handelte sich um die Besprechung der Maßnahmen, die die Polizeiträger vom Schlage des Herrn v. Sagan gegen die ihr Recht fordernde preußische Bevölkerung ergreifen hatten. Diese Maßnahmen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, daß hohe und höchste Polizeibehörden entweder unsere neueste „Erzungschaft“, das Reichsvereinsgesetz, nicht kennen oder aber sich jenseits über derartige gesetzliche „Spinnweben“ hinwegsetzen und einfach dekretieren: „Bei uns machen wir das eben so!“ „Ein Schlachten war es — keine Schlacht zu nennen“ als die beiden Redner der Partei, Ledebour und Seime, die Polizeipreußen an den Kranger stellten, denn es fehlte ihnen ein ebenbürtiger Gegner. Interessant war es immerhin zu beobachten, daß außer den scharfmaderischen Juristen, bei denen es weiter nicht auffällt, es nur noch der Herr v. Hertling, der Redner des Zentrums, der Partei der „Gewerkschaftschriften“, fertig brachte, die Polizei und ihre Heldentaten zu verteidigen. — Das läßt tief blicken! Man fürchtet dort offenbar, daß durch diese öffentlichen Demonstrationen auch die katholische Arbeiterschaft auf Dinge aufmerksam wird, von denen sie in der Kirche oder ihren Versammlungen gar nichts oder doch nur in verzerrter Form etwas zu hören bekommt.

Im preussischen Landtage ist man mit der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage ziemlich am Ende. Zu wahrhaft dramatischen Szenen kam es wiederholt, wenn sich die politischen Geschäftemacher der bürgerlichen Parteien gegenseitig die Schleier von den bühnisch gemündeten Fratzen rissen. Ein unbeschreibliches Gefühl des Elets überkommt jeden anständigen Menschen, der diese Gesellschaft auch nur einen Tag in ihrer Scheinwelt beobachtet. Pfaffen und Junker liegen einander in den Armen und schlangen sich gegenseitig „Vorleile“, bestehend in frecher Verraubung der breiten Volksschichten, zu. Zugewimmig stehen die Vertreter des industriellen Großkapitals beiseite, weil sie in diesem Hause nicht die Macht haben, das zu erzwingen, was sie gern haben möchten. Mit mitberzerten Zügen reagieren die Redner des Zentrums und der Konservativen auf jede neue Feststellung und Aufdeckung ihrer Mogelein — oder aber sie schweigen. Und das Schweigen spricht eine so bevedete Sprache.

Doch allmählich wird es jedem klar und klarer, daß die preussische Wahlrechtsvorlage in diesem Parlamente keine endgültige Erledigung finden wird und kann. Man verfauml darum nichts, wenn man von jetzt ab dem Verlauf der dort gepflogenen Verhandlungen kaum noch Beachtung schenkt. Das Ziel dieser Parteien ist klar, der Weg desgleichen und die parlamentarische Macht, den Weg zu beschreiten, ist vorhanden. Also nicht von dort, sondern nur aus den Tiefen des preussischen, ja des deutschen Volkes kann sie kommen, die Erlösung aus politischer Schmach!

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Achtung! Achtung!
Um den Verband vor Schaden zu bewahren, machen wir die Mitglieder und Ortsvorstände darauf aufmerksam, daß wir für verlorene Mitgliedsbücher und Karten nur dann Ersatz ausstellen, wenn über die Beitragsleistung der letzten 52 Wochen eine einwandfreie Beweisführung erbracht wird. Die Kassierer der Ortsverwaltungen, die um derartige Bescheinigungen angegangen werden, haben solche bereitwillig auszustellen. Diese Bescheinigungen müssen sich auch über diese Zeit erstrecken, wo das Mitglied beitragsfrei war.

Als verloren gemeldet wurden die Mitgliedskarte Nr. 9642 (Otto Lody) und das Buch Nr. 6611 (Karl Armgarb). Diese Nummern werden für ungültig erklärt.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin wurde das Mitglied Carl Heinz, Puchnummer 9933, wegen Verstoß gegen die Interessen der Organisation aus dem Verband ausgeschlossen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hof beträgt der dortige Wochenbeitrag von jetzt ab 55 Pf.

Bücherschau.

Büchliche Geschichten. Von den unter diesem Titel aus der Feder des Genossen Max Maurenbrecher erscheinenden religionsgeschichtlichen Abhandlungen ist nunmehr Heft 4 zur Ausgabe gelangt. Jedes Heft kostet 1 Mk., Volksausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Sterbetafel.

Dausen. Sebastian Schenck, im 58. Lebensjahre, an Nierenleiden.
Ehre seinem Andenken!

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsanzeigen, die bis zum Redaktionsschluß bei uns eintreffen.)
Gießen a. Ruhr. Sonnabend, den 26. März, abends 9 Uhr, Gewerksch. 23. Mitgliederversammlung.
München. Samstag, den 26. März, Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung.

Anzeigen

Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen Deutschlands „Hoffnung“
E. G. 64, Berlin.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig. 2. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.
Berlin. Mittwoch, den 23. März, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15.
Leipzig. Montag, den 21. März, 10 Uhr abends, im Volkshaus, Zeitzerstr. 32.

Tüchtige Koffermacher
auf Holz- und Coupekloffer, außerdem 1 Sattler, zur Anfertigung von Einzelsachen, per Hof gesucht.
Berner & Steinmetz,
Nürnberg.
Anfragen an Carl Herbst, Nürnberg, Kobergerstr. 57 p

Treibriemen-Sattlerei
In Berlin, sorglose Erziehung, verkaufe umständehalber für 2500 Mk. mit großer Saubershaft, unter Inventarwert. Offerten unter R. 100 an die Exped. dieser Zeitung.

Günstig für Anfänger!
Ein seit vielen Jahren bestehendes
Sattler- und Lederwarengeschäft
mit guter Saubershaft und modernem Laden im Berliner Vorort ist umständehalber unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Offerten unter A. L. 100 an die Expedition dieser Zeitung.

Georg Weihnachts Bierhaus, Grünstr. 21.
K. Weiß-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier
Zahlstelle der Zentral-Krankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volksbühne“.

Gesucht
unter guten Bedingungen
gewandter Lederarbeiter
für feine Portefeullerarbeit
für Buenos Aires.
Offerten unt. H. C. 1572 befördert Rudolf Mosse, Hamburg.

Deutsche Registrierkassen
Monopol und Invicta
für Sattler geeignet
in allen Ausführungen und Preislagen.
2 Jahre schriftliche Garantie. Bequeme Ratenzahlungen.
Prospekte kostenfrei.
Alleinige Fabrikanten:
Schubert & Salzer Maschinenfabrik A.-G. Chemnitz III.



100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—
bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konkursmassen, Lombardgeschäften uho. aufkaufe. Ferner liedere ich:
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk.,
100 Stück hochfeine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück hochfeine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk.
Ein Versuch führt zu dauernder Kundsch. — 500 sende franco. — Nichtfondenerendes nehme unfrankiert zurück. — Versand nicht unter 100 Stück. — Th. Wetzer, Verlanhaus, Westin C., Neue Schönhauserstr. 16. Rein Baden, nur 1 Treppe. — Gegründet 1888.



Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingetragene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 4. Quartals 1909.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben, An Heberschüssen gingen ein, An Zuschüssen nach, An Kassenbestand nach Abrechnung des 3. Quartals 1909.

Bilanz:

Summary table showing Einnahme (255 282,19 Mk.), Ausgabe (5 605,97 Mk.), and Kassenbestand (249 676,22 Mk.).

Für die Richtigkeit:

Die Revisoren: D. Kreßmar, R. Gittel. Der Kassierer: P. Städter.

Table with columns: An Krankengeld wurde ausgezahlt in:, Medizin und ärztliche Behandlung, Vorhandene Fonds. Lists various cities and amounts.

Table with columns: An Beerdigungsgeld wurde ausgezahlt in:, Lists cities like Berlin, Buchholz, Frankfurt a. M., etc.